

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

218 (18.9.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,80 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig. D. N. 3450 VIII.

Druck u. Verlag: Adols Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adols Hiltnerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: L. Dups, Durlach.



Anzeigenberechnung: Die 6gepaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig. Reklamezeile 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzdruckschriften u. Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezogener keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 218

Dienstag, den 18. September 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Nach Pariser Meldungen soll der Schlußvertrag für Oesterreich bei der Herbsttagung des Völkerbundes nicht mehr zur Verhandlung kommen.

Chile, Spanien und die Türkei wurden in den Völkerbundrat gewählt, China ist durchgefallen.

In England wird nach der Rückkehr Macdonalds aus seinem Krankheitsurlaub zu Ende September mit einer Kabinettsbildung gerechnet.

Bei den schwedischen Landtagswahlen hat die Sozialdemokratie Erfolge errungen, doch reicht es nicht zur absoluten Mehrheit.

Die „Internationale Büroausstellung Berlin 1934“ hat Sonntag ihre Tore geschlossen. Sie wurde von 102 000 Personen besucht.

Man rechnet in Paris mit dem Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Schuschnigg für Anfang November.

Es scheint sich zu bestätigen, daß Außenminister Barthou Anfang kommenden Woche wieder nach Genf reist, um an den Verhandlungen über die mit der Saarabstimmung zusammenhängenden Fragen teilzunehmen.

Neue deutsche Geschichte

Münster, 17. Sept. Reichsleiter Alfred Rosenberg, der Staatsrat der Führer für die weltanschaulichen Fragen der NSDAP, sprach bei einem Empfang im alten Rathausaal in Münster. Dabei regte sich Reichsleiter Rosenberg mit der geschichtlichen Auffassung der Vergangenheit auseinander und führte unter anderem aus: Die nationalsozialistische Bewegung betrachtet es als eine ihrer Aufgaben, der deutschen Nation eine unantastbare sachliche, aber unter klarer Wertung stehende neue Geschichte zu schreiben. Der Auftrag dazu ist bereits erteilt und ich hoffe, im nächsten Jahre eine gute deutsche Geschichte vorlegen zu können.

Stoffmengen dürfen nicht mehr vernichtet werden

Berlin, 17. Sept. Der Herr Reichswirtschaftsminister und der Reichsminister für Wirtschaft und Arbeit, haben, wie das D. N. meldet, in einem Schreiben an den Reichsluftschutzbund die Anweisung gegeben, angesichts der Rohstofflage mit allem Nachdruck darauf zu halten, daß die in den Hausfabriken vorhandenen wollenen und baumwollenen Lumpen nicht etwa verbrannt oder als Müll beiseite, sondern gesammelt und der Wiederverwertung zugeführt werden, da sie den Rohstoff für die Herstellung von Kunstwolle und Baumwolle bilden.

Vorbereitungen zum Erntedanktag 1934

Hannover, 17. Sept. Unter Leitung von Ministerialrat Häger vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird eine Vorbereitung zur Vorbereitung des diesjährigen Erntedankfestes am 30. September statt. Der Staatsrat des Erntedankfestes wird wieder wie im vorigen Jahre auf dem Bild der Erntedankfestfeier aller deutschen Gauen stattfinden. Wieder wird vom Bieleberg aus der Führer zu allen deutschen Bauern, zum gesamten deutschen Volke sprechen. In allen deutschen Gauen werden zugleich im Sinne des Erntedankfestes Feiern veranstaltet, in deren Mittelpunkt der Gemeinschaftsempfang der Führerrede vom Bieleberg stehen wird. Regierungsrat Gurttner legte die Grundlagen der Propaganda zum Erntedankfest und zur Beteiligung am Staatsakt auf dem Bieleberg dar. Aus den einzelnen Gauen des ganzen Reiches würden insgesamt rund 200 Sonderzüge zum Bieleberg kommen. Die Beteiligung der am nächsten gelegenen Gauen werde naturgemäß besonders stark sein. Die Umfahrten würden denkbar niedrig gehalten. Auch der Bann-Hilfszug werde zum Bieleberg kommen. Die Quartiere, bei denen es sich zumeist um Massenquartiere handeln, würden kostenlos gestellt. Die Planung des diesjährigen An- und Abmarsches zum Staatsakt werde gegenüber dem Vorjahre geändert werden. Regierungsrat Moy teilte mit, es sollten keine Großkundgebungen im Reich aufgezogen werden. Die einzelnen Feiern würden vielmehr möglichst dezentralisiert, d. h. die Städte und Dörfer werden nach Möglichkeit örtliche Feiern veranstalten, wobei diesen außer dem Gemeinschaftsempfang der Führerrede nach Möglichkeit die Ausgestaltung der Feiern überlassen bleibe. Auch in diesem Jahre werde wieder für das ganze Reich ein besonderes Fest abgehalten für den Erntedankfest vertreiben, das in Form eines schmuckreichen Straußes gehalten sei der symbolisch Wein und Brot, Liebe und Treue darstellende Neben den Trachtengruppen der verschiedenen Gauen würden auf dem Bieleberg vor allem auch die Landarbeiter einen bevorzugten Platz erhalten. Besonders Mecklenburg, Thüringen, Schleien, Ostpreußen und Pommern würden mit ihren Abordnungen von Landarbeitern vertreten sein. Allgemein werde mit einer Teilnahme von 500 000 bis 700 000 Volksgenossen aus allen Teilen des Reiches gerechnet.

Um Rußlands Aufnahme

Die Beratungen des politischen Ausschusses über den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund

Genf, 17. Sept. Nur selten hat man in Genf eine Spannung erlebt wie am Montag, als die Sitzung des Politischen Ausschusses durch den Präsidenten Mabariaga eröffnet wurde. Auf der Tagesordnung des Ausschusses steht bekanntlich die Prüfung des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund. Der Antrag aus allen Kreisen der in Genf zur Völkerbundstagung versammelten internationalen Welt war ungeheuer. Die Treppe und die Gänge des großen Sitzungssaales waren voller Menschen.

Als erster Redner sprach der portugiesische Außenminister La Mata. Er bekräftigte mit deutlichen, aber vorsichtigen Worten die ablehnende Haltung seines Landes. La Mata erklärte, daß der Eintritt Sowjetrußlands im Gegensatz zu den Ideen der zivilisierten Welt und im Gegensatz zur Idee des Völkerbundes stehen würde. Er sei überzeugt, daß die Sowjetunion nach ihrem Eintritt jene Propaganda noch wirksamer gestalten könne, deren Ziel es sei, die Grundlagen der Staaten zu zerstören. La Mata wies ferner darauf hin, daß Sowjetrußland von einer Reihe von Staaten heute noch nicht anerkannt worden sei.

Nach härterer Beachtung als die Erklärung des portugiesischen Delegierten fand die anschließende große und mutige Rede des schweizerischen ersten Delegierten, Bundesrat Motta. Die Schweiz, so führte Motta aus, sei in einer besonderen Lage. Sie habe den Eintritt in den Völkerbund erst nach einer hart umrittenen Volksabstimmung vollzogen. Die Gründer des Völkerbundes hätten der Schweiz dann ihr Vertrauen bezeugt, indem sie Genf zum Sitz des Völkerbundes bestimmten. Die Schweiz sei stets eine grundsätzliche Anhängerin der Universalität des Völkerbundes gewesen. Schon im Jahre 1920 habe er persönlich dem Könige ausgedrückt, daß Rußland einmal geheilt von seiner Befessenheit und befreit von seinem Unheil mit dem Völkerbund zusammenarbeiten werde. Die Schweiz habe bei aller Freundschaft zum russischen Volk aber niemals das gegenwärtige Regiment anerkennen wollen. Sie sei entschlossen, auf dieser Haltung der Ablehnung und des Abwartens zu beharren. Die Schweiz habe sich schon deshalb entschließen müssen, den Eintritt Rußlands ihrerseits abzulehnen, als seine Ja-Stimme gleichbedeutend mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sein müßte. Motta stellte dann die Frage, ob eine Regierung, deren Wesen der expansive und kämpferische Kommunismus sei, die notwendigen Bedingungen erfülle, um in den Kreis der Völkerbundsmächte aufgenommen zu werden. Man müsse hierbei schon von dem eigentlichen Zweck des Völkerbundes absehen und den ihm zugrundeliegenden Ideen ausgehen. Der russische Kommunismus, so stellte Motta fest, bedeute — auf dem Gebiete der Religion, der Moral, der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft — die vollständige Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruht. Die meisten Staaten verziehen ja vorweg die kommunistische Propaganda. Alle betrachteten sie als Staatsverbrechen, sobald sie ihre Theorie in die Tat umzusetzen versuche. Motta entwarf dann ein Bild von der Religionsfeindschaft des Sowjetregimes. Der Sowjet-Kommunismus bekämpfe die Religionsidee und die Geistigkeit in allen ihren Formen. Die christlichen Kirchen der ganzen Welt seien aus tiefster Erschütterung von dem Jammer ihrer Glaubensgenossen in Rußland. Der Kommunismus löse aber die Familienbände auf, zerstöre das Privateigentum und organisiere die Arbeit in Formen, die kaum von Zwangsarbeit zu unterscheiden sei. Rußland sei von der schweren Last eines Hungersnot heimgegriffen, die ihre Ursachen wahrscheinlich in einem völlig verfehlten wirtschaftlichen und sozialen System habe.

Der wichtigste Gesichtspunkt für die Schweiz sei aber Rußlands Anspruch auf Durchsetzung seiner Ziele in der ganzen Welt. Es versuche, die Weltrevolution zu organisieren. Gewiß, sagte Bundesrat Motta weiter, kann man einwenden, die kommunistische Partei kann nicht mit dem bolschewistischen Staat verwechselt werden. Aber dieser Einwand hat keine Kraft. Kommunistische Partei und Dritte Internationale sind eine moralisch Einheit.

Der Einwand, daß die Sowjetunion mit seinen 160 Millionen nicht einfach beiseite gelassen werden könne, klinge zwar einleuchtend. Die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens hätten in Bern diesen Standpunkt vertreten, ohne aber irgend einen Druck auf die Schweiz auszuüben. Die Schweiz aber könne nur einmal an die Evolution des bolschewistischen Regiments, so sehr sie sie wünsche, nicht glauben. Vertrauen könne die Schweiz der Sowjetunion nicht und sie könne sich auch nicht an einem Akt beteiligen, der Sowjetrußland ein bisher nie befehltes Ansehen verschaffen werde. Wir haben die Rolle eines Wächters und Warners vorgezogen, hoffen aber, daß die Zukunft unser Misstrauen für übertrieben erweisen wird. Wir zählen darauf, daß alle anderen Staaten uns helfen werden, zu verhindern, daß Genf ein Herd zersetzender Propaganda wird. Wir werden wachsam sein.

Zum Schluß erwähnte der Vertreter der Schweiz daran, daß auch nach Aufnahme der Sowjetunion Rat und Versammlung vor mehreren offengebliebenen Fragen stehen werden. Er wies auf die Entschleunigung der Versammlung hin, die sich auf die Unabhängigkeit Georgiens beziehen. Er erinnerte dabei an Armenien, die Ukraine und andere Länder. Viele Probleme seien noch nicht aus der Welt geschafft. Er hoffe besonders, daß gerade, wenn die Sowjetdelegierten hier weilen werden, in

Genf Stimmen ertönen, die im Namen des menschlichen Gewissens Aufklärung von der russischen Regierung verlangen.

Die Rede Mottas wurde von einem großen Teil der Delegierten und der Tribüne mit starkem demonstrativem Beifall aufgenommen.

Nachdem nach Bundespräsident Motta der belgische Ministerpräsident Jaspar, der holländische Außenminister de Graeff und der erste Delegierte Argentiniens, Cantii 10, ebenfalls ihre Bedenken und Einwände gegen die Aufnahme der Sowjetunion dargelegt hatten, verfuhrte der französische Außenminister Barthou, vor einer zum Teil sehr kritischen Verharmung die französische Haltung im Hinblick auf den Eintritt der Sowjetunion zu verteidigen. Über die Stellung Frankreichs ist in dieser Frage so schwach fundiert, daß es selbst diesem glänzenden Redner sehr schwer wurde, Argumente für die französische Politik zu finden, deren eigentliches politisches Ziel allzu deutlich zutage tritt. Immer wieder wandte sich Barthou an Bundesrat Motta, um dessen Argumenten eigene gegenüber zu stellen, aber immer wieder mußte der Eindruck jedes unvoreingenommenen Zuhörers der sein, daß es dem französischen Außenminister nicht gelungen ist, die Gründe, die zur Ablehnung der Schweiz geführt haben, zu entkräften. Es war bezeichnend, daß der französische Außenminister gezwungen war, wiederholt auf die Erklärung Sowjetrußlands in dessen Antwort auf die Einladung der Völkerbundsmächte zurückzukommen, in welcher die Russen sich verpflichtet, sich den Bestimmungen des Völkerbundes zu unterwerfen. Wenn man Rußland zurückstoße, so werde die bolschewistische Propaganda erst recht gefährlich werden. Wer das versuche, nehme eine schwere Verantwortung auf sich. Die Aufnahme der Sowjetunion liege im Interesse des Völkerbundes und des Friedens. Zum Schluß erklärte Barthou, daß England, Frankreich und Italien zusammen mit Polen die Verantwortung für die Aufnahme Rußlands auf sich nehmen. Dieser letzte Satz fand starke Beachtung. Man hatte den Eindruck, daß Barthou den Polen damit schmeicheln wollte, daß er sie gemeinsam mit den drei Großmächten nannte, um sie damit zugleich auf einen gemeinsamen politischen Boden zu ziehen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß Polen in Wirklichkeit niemals eine Initiative zur Aufnahme Sowjetrußlands entfaltet, vielmehr ernste Bedenken geäußert hat, die es erst nach langwierigen Verhandlungen zurückstellte.

Nach Barthou sprach Eden als Vertreter Großbritanniens ganz kurz. Er brachte die Zustimmung seiner Regierung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund in nüchternen Worten zum Ausdruck. England trete für die Universalität des Völkerbundes ein, und es sei daher auch der Meinung, daß ein so großes Land mit einer so zahlreichen Bevölkerung nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben solle.

Alfons gab für Italien eine ganz kurze Erklärung ab, in der er feststellte, daß sein Land den Standpunkt Frankreichs und Englands teile. Auf die Frage der Zulassung der Sowjetunion selbst ging er mit keinem Wort ein.

Es erweckte keine Ueberraschung, als der polnische Außenminister Bed für sein Land ebenfalls dem Eintritt Sowjetrußlands zustimmte, ohne bei dieser Gelegenheit besondere Kritik zu üben. Bed erinnerte an die Wiederaufnahme normaler und guter Beziehungen seines Landes zu Sowjetrußland. Er begrüßte es zum Schluß, daß Sowjetrußland nun im Völkerbund auch die Laiken der internationalen Friedenssicherung mittragen werde.

Der tschechoslowakische Außenminister Beneš konnte es sich nicht verlagern, eine ziemlich langatmige Erklärung zu verlesen. Auch er gab der Meinung Ausdruck, daß ein so wichtiger Teil Europas nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben dürfe. Die Tschechoslowakei sei bereit, loyalerweise mit Sowjetrußland zusammenzuarbeiten. Er hoffe, daß Rußlands Eintritt der Sicherung des Friedens dienen werde.

Der kanadische Ministerpräsident Bennett beklagte sich als nächster Redner über die Propaganda der Dritten Internationale in Kanada, erklärte aber, daß sein Land trotzdem im Interesse des internationalen Friedens für die Zulassung Sowjetrußlands stimmen werde.

Der türkische Außenminister Tewfik Rüşüdi Bey sprach dann, getreu der außenpolitischen Linie seiner Regierung, für Rußlands Aufnahme, in der er in jeder Beziehung einen Vorteil erblickte.

Als letzter Redner in der Montagfrühung des Politischen Ausschusses erklärte Mabariaga für Spanien die Zustimmung zur Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund. Dann schlug er eine Entschleunigung vor, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Sechste Kommission in Erwägung der an Rußland durch 34 Staaten ergangenen Einladung und in Würdigung der russischen Antwort, in der die Sowjetunion sich zur Erfüllung der für alle Völkerbundsmächte geltenden internationalen Verpflichtungen bereit erklärt, der Vollversammlung die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund empfiehlt. Diese Entschleunigung wurde in namentlicher Abstimmung mit 38 Zustimmung gegen 3 Neinstimmen (Schweiz, Holland, Portugal) und bei 7 Enthaltungen, hauptsächlich südamerikanische Staaten, angenommen. Die mit Spannung erwartete Sitzung der Sechs-

ten Kommission war damit abgeschlossen. Sie hat zwar zu einer scharfen Kritik an Sowjetrußland und zu einer deutlichen Befürwortung einer beachtenswerten Oppositionsstimme innerhalb des Völkerbundes, aber zu keinem organisierten Widerstand gegen die Aufnahme geführt.

Die Abstimmung des Genfer Politischen Ausschusses.

M.N. Genf, 17. Sept. Die von dem Spanier Madariaga im Politischen Ausschuss des Völkerbundes eingebrachte Entscheidung, der Ausschuss möge der Vollversammlung die Aufnahme der Sowjetunion empfehlen, wurde, wie gemeldet, mit 38 Stimmen gegen die Stimmen der Schweiz, Portugals und Hollands angenommen. Der Stimme enthalten haben sich sieben Staaten und zwar Argentinien, Belgien, Cuba, Luxemburg, Nicaragua, Peru und Venezuela. Außerdem waren bei der Abstimmung nicht anwesend Finnland, Panama, Paraguay u. Siam. Sie fehlen auch in allen Listen, sowohl in der Liste der Befürworter wie der Weisager oder der Staaten, die sich der Stimme enthalten haben.

Die Aufnahme der Sowjetunion auf Dienstag nachmittag festgesetzt.

M.N. Genf, 17. Sept. Die Vollversammlung des Völkerbundes, in der die Aufnahme Sowjetrußlands vollzogen werden soll und der Einzug der Russen zu erwarten ist, ist auf Dienstag nachmittag 3.30 Uhr festgesetzt worden.

Chile, Spanien und die Türkei in den Völkerbund gewählt

Genf, 17. Sept. Am Montag nachmittag fand die Wahl Chiles, Spaniens und der Türkei in den Völkerbund durch die Vollversammlung statt. Von 52 gültigen Stimmen erhielten Chile 31, Spanien 18 und die Türkei 3 Stimmen. Die Wahl der drei Länder wurde mit Beifall begrüßt.

Außerordentliche Ratssitzung zur Saarabstimmung?

M.N. Paris, 18. Sept. Der Sonderberichterstatter der Havas-Agentur in Genf meldet: Nachdem die Frage des Eintritts der Sowjetunion in den Völkerbund praktisch erledigt ist, beginnt man sich in hiesigen internationalen Kreisen von neuem mit der Frage der Saarabstimmung zu beschäftigen, über die der Dreierausschuss in Kürze zu beraten haben wird. Es ist möglich, daß angesichts der Wichtigkeit dieser heiklen Frage der Völkerbundrat in der nächsten Zeit eine außerordentliche Sitzung abhalten wird.

Der russische Vernichtungsfeldzug gegen die Minderheiten

Ein aufschlußreicher Artikel Dr. Ewald Amendes. M.N. Wien, 17. Sept. Der Generalsekretär des europäischen Minderheitenkongresses, Dr. Ewald Amende, schildert in der christlich-sozialen „Reichspost“ in drastischer Weise in Zusammenhang mit dem Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund die planmäßige Vernichtung der im Bereich der Sowjetunion lebenden Völkerschaften durch die Moskauer Regierung. In der Darstellung wird besonders eingehend die Vernichtung des Ausland-Deutschtums im Sowjetrußland geschildert. Von den 1933 noch eine Million zählenden deutschen Volksgruppen sollen nahezu 140.000 Menschen durch Hungertod und durch systematische Verbannung in die Wälder Rußlands vernichtet worden sein. Das wahre Gesicht der heutigen Moskauer Nationalitätenpolitik sei die planmäßige Ausrottung der kulturellen Bestrebungen aller Völker und Volksgruppen. Angesichts des Vorgehens der Moskauer Behörden gegen die einzelnen Volksgruppen sei jetzt beim Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund die Anerkennung der Grundzüge des Nationalitätenrechtes von Seiten der Moskauer Regierung durchzusetzen. Werde dies unterlassen, so würde dies nur eine Emuneration für die Moskauer Regierung bedeuten, das Vernichtungswerk fortzusetzen und zu beenden.

Abonniert das „Durlacher Saageblatt“

Die Töchter des alten Bracht

Copyright by Karl Köhler & Co., Berlin-Zehlendorf. 43. (Nachdruck verboten.)

„O hoch, Kind. Er war ein freundlicher und gefälliger Mensch.“
„Nicht wahr? Ich hoffe immer im stillen, daß er noch einmal wieder einen Anfall mit seinem Flugzeug hat.“
„Aber Hopps! Wie kannst du so etwas sagen?“
„Natürlich nicht schlimm, Petrus. Nur so eine kleine Verstärkung oder dergleichen. Aber er als Erholungsbedürftiger aufs Land muß.“
Tante Petrine steht auf. „Es wird jetzt kühl. Wir wollen lieber hineingehen. Ich will auch Ede noch „Gute Nacht!“ sagen.“
Langsam gehen unterdessen Job und Moni nebeneinander durch den Garten.
„Du hastest mir etwas sagen wollen, Moni?“
„Es ist nichts.“
„Ach, Job, ich wollte dich nur bitten, daß du es nicht falsch auffaßt, was ich da vorhin gesagt habe. Ich meine, wegen unserer Hochzeit. Ich dachte nur, wenn Vater es sich nun so sehr wünscht. Und er ist so alt geworden diese letzten Wochen — unser Vater.“
„Sie sagt es schwer und langsam, wie in tiefen Gedanken. Ich weiß nicht, wie ich mich ausdrücken soll, Job. Es wird mir so furchtbar schwer, dir das zu sagen. Und ich möchte dir doch um alles in der Welt nicht weh tun. Aber — ich, ich —, sie sucht nach Worten.“
„Sie sind jetzt herausgetreten aus dem tiefen Schatten der alten Bäume. Hinter dem spitzen Giebel des Herrenhauses steigt der Mond empor. Wie ein verwehter Traum zieht ein letztes Duffen der herbstlichen Lindenblüten durch die schlafende Nacht. Reglos wie schwarze Scherenschnitte stehen die Blätter der Bäume gegen den helleren Himmel.“
„Sprich ruhig, Kind, was deine Seele bedrückt. Oder hast du immer noch eine Scheu vor mir?“
„Er faßt ihre beiden Hände.“
„Ich kann es nicht so sagen, Job. Aber es ist wohl so. Ich — ich wollte, unsere Hochzeit wäre noch lange nicht.“
„Sie hat es sehr leise gesagt. Aber er hat doch jedes Wort verstanden.“ „So schieben wir sie noch länger hinaus, Moni. Ich richte mich ganz nach dir.“
„Sie schüttelte den Kopf.“ „Es ist ja wegen Vater, Job. Ich will ihm doch auch so gern die Freude machen. Nur du sollst nichts Falsches denken von mir. Denn ich will dich nicht be-

Pinkswahlen in Schweden

Stockholm, 17. Sept. In Schweden haben am Sonntag Wahlen zu den Vanstingen stattgefunden. Wie den vorläufigen Ergebnissen zu entnehmen ist, haben die Konservativen 275 (bisher 329) Mandate erhalten. Die Landwirtschaftliche Partei erhielt 217 (187), die Volkspartei 117 (138), die Sozialdemokratische Partei 503 (469), die Sozialistische Partei 15 (3) und die Kommunistische Partei 9 (6) Mandate. Das bisherige Wahlergebnis ist also zugunsten der Sozialdemokraten ausgefallen.

Stockholm, 17. Sept. Von den bisher abgegebenen gültigen Stimmen für die Wahlen zu den Vanstingen haben die Konservativen 372.000, die Landwirtschaftliche Partei 279.000, die Volkspartei 207.000, die Sozialdemokraten 682.000, die Sozialistische Partei 58.000, die der Kommunisten angehörenden Kommunisten 42.000 und die schwedischen Nationalsozialisten 9000 Stimmen erhalten.

Da die Wahlen zu den Vanstingen noch nicht abgeschlossen sind, kann ein endgültiges Urteil über das Ergebnis noch nicht abgegeben werden. In politischen Kreisen wird jedoch die Ansicht vertreten, daß die Stimmengewinne der Sozialdemokraten ihnen doch wohl nicht die absolute Mehrheit gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien sichern dürften, selbst bei Unterstützung der kleinen kommunistischen Parteien, von denen sich eine sozialistische Partei nennt. Die Haltung der Landwirtschaftlichen Partei, die bei den Wahlen auf Kosten der Konservativen und der Volkspartei Erfolge zu verbuchen haben, ist indessen noch ungewiß.

Kommunistische Zerkleinerungsarbeit in der schwedischen Wehrmacht

M.N. Stockholm, 17. Sept. Das Stockholmer Abendblatt „Aga Dagligt Allehanda“ bringt in größter Aufmachung eine Erklärung des schwedischen Generalstabschefs über die kommunistische Wahl- und Zerkleinerungsarbeit in der schwedischen Wehrmacht. In der Erklärung des Generals heißt es wörtlich, daß die staatsfeindliche Agitation einen solchen Umfang und derartige Formen angenommen hat, daß eine ernste Gefahr für den Zusammenhalt der Armee besteht.

Auf Grund der Berichte, heißt es in der Erklärung weiter, die er als Generalstabschef in der Armee erhalten, mache sich die kommunistische Propaganda bei sämtlichen Truppenteilen geltend; es sei selbstverständlich, daß die einzelnen Truppenkommandos alles täten, um diese Zerkleinerungsarbeit zu unterdrücken. Es müsse aber betont werden, daß die gegenwärtigen Verhältnisse alles andere als zufriedenstellend seien. Von der Armee sei der Versuch gemacht worden, wirksamere gesetzgeberische Maßnahmen zu erreichen. Die Beratungen der Regierung darüber seien jedoch noch nicht abgeschlossen.

Das Blatt fügt hinzu, daß die kommunistische Agitation auch innerhalb der Marine ihr Unwesen treibe und besonders in den Monaten Juli und August eine Verstärkung erfahren habe. Die bestehenden Gesetze seien, so unterstreicht das Blatt mit Nachdruck, zur wirksamen Bekämpfung der roten Propaganda völlig ungeeignet. Zum Beweis für die unzureichende Gesetzgebung bringt das Blatt eine Meldung aus Solleftea, nach der ein Soldat wegen Verbreitung von antimilitaristischen, kommunistischen Propagandabroschüren nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Dabei habe der Beurteilende zugegeben, der kommunistischen Partei anzugehören und aus politischen Motiven gehandelt zu haben. Außerdem habe die Untersuchung ergeben, daß kommunistische Parteifunktionäre dem Soldaten bei seiner Zerkleinerungsarbeit Hilfe geleistet haben.

12 Prozent mehr Kraftfahrzeuge als im Vorjahr

Berlin, 17. Sept. Am 1. Juli ist im ganzen Reich eine Zählung der Kraftfahrzeuge erfolgt. In Auswirkung der die Kraftverkehrswirtschaft besonders fördernden Maßnahmen der Reichsregierung ist gegenüber dem Vorjahr eine weitere Vermehrung des Bestandes in allen Fahrzeugkategorien eingetreten. Im ganzen wurden, wie das N.D.Z. meldet, vom statistischen Reichsamte 1.887.030 Kraftfahrzeuge gezählt; das sind 12 Prozent mehr als im Vorjahr. Am stärksten war die Zunahme bei den Personenkraftwagen, nämlich um 16,1 Prozent auf 674.523. Die Zahl der Kleinkraftfahrzeuge fiel um 12,8 Prozent, die der Kraftfahrzeuge überhaupt um 9,7 Prozent auf 983.994. Wir haben also in Deutschland nahezu 1 Million Kraftfahrzeuge.

Terrorakt im Saargebiet

Saarbrücken, 17. Sept. Die Blätter melden einen unglaublichen Vorfall, der sich am Samstag um 22.34 Uhr auf dem Wege von der Grube Frankenholtz nach Münchmies abspielte. Dort wurde der Bergmann Anton Schulz, Mitglied der Deutschen Front, als er sich auf dem Nachhauseweg befand, durch zwei unbekannte, in schwarze Umhänge gehüllte Männer zum Stehenbleiben aufgefordert, konnte aber zunächst keinen Weg fortsetzen. Doch gleich darauf leuchtete man mit Scheinwerfern hinter ihm her und forderte ihn wieder zum Stehenbleiben und Umkehren auf. In diesem Augenblick kamen zwei unbeladene Autos. Schulz wurde hinterwärts gepackt und wurde gezwungen, ihn in einen Wagen zu bringen. Da er wiederum keine Antwort erhielt auf die Frage, wen er vor sich habe, und an einer Verschleppung glaubte, setzte Schulz sich zur Wehr, wurde aber niedergebunden, mit Fußtritten und Schlagwerkzeugen erhebliche Mißhandlung und ins Auto geworfen mit den Worten: „Jetzt haben wir ihn!“ Schulz aber konnte sich noch einmal befreien, wurde jedoch an der Straße durch sieben bis acht Männer gehindert, die erneut auf Annemenschliche auf ihn einwirkten und ihn jetzt aufforderten, mit zur Landjägerwache zu kommen. Dann erklärte sich Schulz bereit, lehnte jedoch das Belehren eines der Autos ab. Man legte ihm darauf eine Handfessel an und brachte ihn nach Frankenholtz, wo er dem Landjäger übergeben wurde. Dort erklärten die Männer, die blaue Uniformen trugen, daß sie zu einem Ueberfallkommando aus Saarbrücken gehörten und forderten den Landjäger auf, Schulz so lange festzuhalten, bis sie zurückkämen. Am anderen Morgen wurde Schulz wieder freigelassen.

Dieser Vorfall, der stark an Wildweitz erinnert, erscheint so unglaublich, daß von den zuständigen Stellen eine eingehende Aufklärung erwartet werden muß. Nach der Aussage von Schulz waren die Täter offenbar Angehörige der saarländischen Polizeiverwaltung. Der Präsident der Regierungskommission hat allerdings die Möglichkeit und die Pflicht, durch rasche und einwandfreie Untersuchung dieses Terroraktes zu beweisen, daß ihm der Schutz der Saarbevölkerung vor Uebergriffen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, höher steht als seine längst bekannte privaten Sympathien.

Saarfängerfest in Trier

Trier, 17. Sept. Das Saarfängerfest in der alten Stadt an der Mosel, das am Samstag feierlich eingeleitet worden war, erreichte am Sonntag, dem Hauptfesttag, seinen Höhepunkt. In der ganzen Weltmarkt waren die Sangesbrüder herbeigezogen. 18 Sonderzüge mit etwa 20.000 Männern liefen nacheinander am Sonntag morgen in Trier ein.

Das Festkonzert am Vormittag in der Stadthalle wurde in der Uraufführung der Kantate „Ein Volk tief“ von Franz Stürmer überaus wirkungsvoll eingeleitet. Nachmittags stellten sich die Scharen der Sänger zum Festzug. Eine Stunde lang zogen 18.000 Sänger in Sechereihen durch die Hauptstraßen der Stadt Trier. Vor dem fürstlichen Palais, dessen Front mit den Fahnen des neuen Reiches geziert war, fand dann die gemaltige volksdeutsche Kundgebung des Gaus Rhenland-Saar im Deutschen Sängerbund statt. Rund 25.000 Sänger trugen unter Gauhormeister Bed-Saarbrücken die beiden Chöre „Wehr!“ und „Deutscher Morgen“ von Walter Rein vor. Dann sprach der Gauhelfer, Stadtschulrat Dr. Bongard-Saarbrücken, der hervorhob, daß die deutschen Sänger zugleich Kämpfer und Kämpfer seien, vor allem die Sänger von der Saar. Landesführer Oberbürgermeister Meißner, Herne (Westfalen) entbot der deutschen Bevölkerung an der Saar die treuesten Grüße des Deutschen Sängerbundes. Gauleiter Staatsrat Simon-Rohling feierte die Ehre und Freiheit des deutschen Volkes, das Adolf Hitler vor dem Untergang bewahrt habe, als uns das deutsche Volkstum wieder zurückgab.

Tages-Anzeiger

Dienstag, den 18. September

Bad. Staatstheater: „Kathale und Liebe“, 20—23 1/2 Uhr.
Stala-Theater: „Der schwarze Waldfisch“, 7 und 8 1/2 Uhr.
Marktgrafen-Theater: „Der Herr Finanzdirektor“, 7 u. 8.45 Uhr.
Kammerlichtspiele: „Elisabeth und der Narr“, 7, 8.30 Uhr.

den Weg entlang kommen. So hastig und schnell sie kann, wipst sie die Tränenperlen fort und dudt sich. Nur jetzt nicht hier gefunden und ausgegärt werden! Sie würden sie ja doch alle nicht verstehen und nur den Kopf über sie schütteln. Denn muß eine Braut, so dich von ihrer Hochzeit — nicht froh und selig sein? Muß es ihr nicht ganz gleichgültig sein, wohin sie geht? Und was sie zurückläßt im Vaterhaus? Moni schlüpfte den Hügel hinab und verbiert sich zwischen Brombeergerast und Farrentraut. Ganz tief, so wie es Hopps damals getan, als Moni sie fand. Hier kann sie niemand leben. Besonders jetzt, wo es schon dämmerig wird. Die Schritte kommen näher. Es ist Job Angelheim, der langsam auf den grasbewachsenen Boden steigt. Er sieht sich suchend nach allen Seiten um. Sie kann es deutlich von hier unten sehen. Und nun ruft er leise:
„Moni!“
Als keine Antwort kommt, lehnt er sich schwer gegen einen Weidenstamm und starrt in den Abend hinaus. Raun merflich geht der Wind über den Hügel und rauscht in den dichten Wäldertönen. Unten am leise murrenden Bach leuchten Glühwürmchen auf. Die lassen das Horntraut grüngelben erzittern in ihrem Schwirren Licht.
Der Mann auf dem Hügel legt die Hand über die Stirn, als hätte er dort einen Schmerz. Dann schiebt er sich noch einmal nach allen Seiten um. Schüttelt den Kopf und redet lautlos mit sich selber: „Wie bist du doch so selbstständig, Job Angelheim. Du willst das Mädchen für immer an dich binden, wo du doch genau weißt, daß sie dich nicht lieben kann. Du nimmst gewissenlos den ungeheuren Preis, den sie dir zahlen will, weil du ihrem Vater die Heimat erbst. Ein ganzes, junges herrliches Menschenleben will sie daran geben, um die Ihrigen wieder glücklich zu sehen. Damit die Bracht nicht beimallos hinauszuwandern brauchen in die Fremde. Von all den Menschen, die morgen zur Hochzeit kommen werden, weißt nur du allein das alles. Dir hat sie ihr Herz ausgegüßelt — dir hat sie die volle Wahrheit gesagt. Und du hast dir die Not der Bracht nutz gemacht! Du hast des Mädchens Opfer gewissenlos angenommen und läßt sie in eine Ehe geben, vor der sie sich fürchtet. Du hast gemein gehandelt, Job Angelheim! Gemein und selbstständig!“
Es kommt wie Stöhnen aus seiner Brust, so quält er sich mit Vorwürfen. Immer nur an sich hat er gedacht. Immer nur an sich. Aber nie daran, wie es wohl in der Seele der kleinen Moni aussehen mag. Aber können sie nun noch zurück? Wo alles, alles auf die Hochzeit morgen eingerichtet ist?“
Ganz langsam steigt er wieder von dem kleinen Hügel herunter. Und seine Seele leibt: „Ich habe ja nichts Böses gewollt. Ach, vergib mir. Ich habe ja immer gedacht, ihre Liebe würde noch einmal kommen. Ich, ich kann nun nicht mehr zurück, mein Gott. Aber laß Gutes daraus werden! Laß Gutes daraus werden!“

(Fortsetzung folgt.)